

Abonnements

werden von den Postanstalten, den Briefträgern und unseren Nebenstellen im Kreise oder direkt beim Verlage angenommen.



Anzeigen

werden im Verlage: Berlin W 35, Köhnewitzstraße 87, von unseren Nebenstellen im Kreise und allen Anzeigen-Expeditionen angenommen.

Weltower Kreisblatt

Verlags- und Schriftleitung: Berlin W 35, Köhnewitzstraße 87.

Täglich erscheinende Zeitung.

Postcheckkonto: Berlin 1519 51.

Nr. 13.

Berlin, Dienstag, den 16. Januar 1934.

79. Jahrg.

Die Saarfrage vor dem Völkerbundsrat

Einladung an Deutschland zur Teilnahme an den Beratungen

Der Völkerbundsrat beschloß in einer Geheim-sitzung am Montag auf Vorschlag des französischen Delegierten Massigli, der deutschen Regierung offiziell davon Mitteilung zu machen, daß auf der Tagesordnung des Völkerbundsrats die Vorbereitung für die Volksabstimmung im Saargebiet stehe, und sie durch dieses Telegramm zu bitten, falls es ihr möglich sei, sich an den vorbereitenden Arbeiten des Völkerbunds zu beteiligen.

glaubt aber, daß sich Mittel und Wege doch finden lassen, um eine deutsche Mitwirkung an den Abstimmungs-vorbereitungen zu erreichen. Massigli's Vorschlag ist einstimmig angenommen worden. Natürlich geht aus diesem Beschluß auch die Verlegenheit des Völkerbundsrats hervor, der sich bewußt ist, daß die Lösung der Saargefrage ohne Mitwirkung Deutschlands ganz unüberwindliche Schwierigkeiten bieten muß.

Massigli erinnert daran, daß unter Nr. 26 der Tagesordnung die Frage der vorbereitenden Maßnahmen für die Saarabstimmung enthalten ist. Aus Gründen, für die der Rat nicht verantwortlich ist, bleibt der Sitz des deutschen Delegierten im Rat in diesem Augenblick leer.

Der Vertreter Frankreichs, Massigli, bezeichnete es als ein Gebot der Gerechtigkeit, Deutschland als dem neben Frankreich an der Saar meist interessierten Staat Gelegenheit zu geben, schon bei der Klärung der Vorfragen für die Saar-Abstimmung mitzuarbeiten.

Ein Kommuniqué des Völkerbundsrates. Genf. Das Völkerbundssekretariat gibt folgendes Kom-muniqué bekannt:

Die französische Regierung in Vertretung der Bedeutung, die sie der späteren Erwägungen über diese Frage beizumessen, hätte lebhaft gewünscht, daß die deutsche Regierung ihre Aufmerksamkeit ausdrücklich auf die Saargebiet gerichtet hätte, daß die Debatte über diesen Punkt während dieser Ratstagung stattfinden würde.

Wie in informierten Völkerbundsreisen verstanden, hat man das „Wie“ einer etwaigen Beteiligung Deutschlands vollkommen offengelassen.

Der Rat hat im Verlauf seiner Geheim-sitzung heute (Montag) vormittag beschlossen, der deutsche Regierung, durch Vermittlung des deutschen Konsuls in Genf, folgenden Auszug aus dem Protokoll seiner heutigen Sitzung zu übermitteln, der sich mit der Besprechung des Punktes 26 seiner Tagesordnung befaßt: Saargebiet, Vorbereitende Maßnahmen, die im Hinblick auf die Volksabstimmung zu treffen sind.

Aus Gründen der Loyalität und des Fair plays, welche die Mitglieder des Rats ohne Zweifel billigen werden, wünscht die französische Regierung, daß die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf diesen Punkt der Tagesordnung gelenkt wird und daß, da die Diskussion über diesen Punkt 26 der Tagesordnung erst in den letzten Tagen der Tagung stattfinden wird, der deutschen Regierung, wenn sie es wünschen sollte, in jedem Fall noch Zeit bleibt, sich hier vertreten zu lassen.

Nur wenige glauben allerdings, daß Deutschland zu dieser Ratstagung entgegen seiner grundsätzlichen Einstellung zum Völkerbund schon einen Vertreter entsenden könnte. Man

Der Präsident schlägt vor, die Erklärung des Vertreters Frankreichs in das Sitzungsprotokoll aufzunehmen und dieses durch den Generalsekretär der deutschen Regierung übermitteln zu lassen. Gleichzeitig schlägt er vor, die Diskussion über diesen Punkt bis zum Ende der Woche zu verlagern. Baron Aloisi schlägt vor, ein Telegramm nach Genf zu schicken und den Tag der Debatte festzusetzen, sobald die deutsche Antwort im Sekretariat eingegangen sein wird. Der Präsident ist der Meinung, daß man das Datum der Debatte unter Vorbehalt auf das Ende dieser Woche festsetzen und unter Umständen abändern kann, sobald die deutsche Antwort eingetroffen ist. Die Vorschläge des Präsidenten werden angenommen.

Amtliches.

Geh. San.-Rat Dr. Hahn

in Königsplatzhausem im 81. Lebensjahre.

Der Verstorbene war seit der Eröffnung des Kreis-Kranken-hauses Königsplatzhausem im Herbst 1897 bis zum Jahre 1928 leitender Arzt dieses Krankenhauses und hat während dieser langen Zeit in gegenwärtigen Wärdern zum Wohle der Kranken dem Kreise Teltow hervorragende Dienste geleistet.

Der Kreis Teltow wird dem Entschlafenen stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Berlin, den 15. Januar 1934.

Der Kreisamtschef des Kreises Teltow. Koennede.

wird, der über die Brandentzündung hinausgeht und die Wärdner gerade in dieser schweren Zeit damit zu Boden drückt. Wenn der Brand aber auf große Flächen erstreckt in der Markung der elektrischen Anlage zurückzuführen ist, wird ihm die Entschädigung unter Umständen gar nicht ausbezahlt werden dürfen.

Ich erwarte, daß die elektrischen Anlagen, soweit erforderlich, umgehend in Ordnung gebracht werden. Es ist geboten, daß sich die Wärdner vorerst einer spezifizierten Kontrollenachfrage über die erforderlichen Arbeiten von einer zugelassenen Firma fertigen lassen. In den meisten Fällen wird es ratsam sein, die Arbeiten zu einem festen Betrage zu vergeben.

Der schärfste Schritte zur ordnungsmäßigen Instand-Setzung seiner elektrischen Anlage unternimmt, hilft dem dar-überliegenden Elektrovergn. Die vor wenigen Wochen ins Leben getretene „Elektrofront“ begrüßt die Vergebung auch kleinster Aufträge.

Berlin, den 12. Januar 1934.

Landrat des Kreises Teltow. Koennede. L. 48/34.

Winterhilfswert des deutschen Volkes 1933/34

Aufruf an die Kreisbevölkerung.

Mit dem 1. Januar 1934 hat der 2. Abschnitt des Kampfes gegen Hunger und Kälte, zu dem unser Führer und Volkstalesler Adolf Hitler und die Reichsregierung das gesamte deutsche Volk aufgerufen haben, begonnen.

„Aufwärts aus eigener Kraft!“ Das ist die Parole für diesen Abschnitt des großen Winterhilfswerts für unsere notleidenden Volksgenossen. Zu welchen Leistungen das deutsche Volk fähig ist, wenn es einmütig seinem Führer folgt, haben die bisherigen Ergebnisse des Winterhilfswerts 1933/34 gezeigt. Große Opfer sind von allen Bevölkerungsteilen des Kreises Teltow gebracht worden und vielen notleidenden Volksgenossen konnte geholfen werden.

Aber noch liegen die schwersten Wintermonate vor uns. Es gilt auch weiterhin, alle Bedürftigen vor Hunger und Kälte zu schützen.

Von den Unterzeichneter ergibt daher an die Kreisbevölkerung nochmals der Ruf:

„Selbst und geht für unsere notleidenden Volksgenossen.“

Bekannt Euch zum deutschen Sozialismus der Tat. Das Winterhilfswert 1933/34 muß das einmütige Bekenntnis des gesamten deutschen Volkes zur Volksgemeinschaft erbringen. Geldpenden können bei der Sparkasse des Kreises Teltow in Berlin W 35, Viktorstraße 17, bzw. bei ihren Nebenstellen in bar eingezahlt oder auf das Postcheckkonto der Sparkasse des Kreises Teltow — G Berlin 58 500 — unter der Bezeichnung „Winterhilfswert Kreis Teltow“ überwiesen werden. Berlin, den 4. Januar 1934.

Der Landrat des Kreises Teltow. Koennede.

Der Kreisleiter der NSDAP. Reubold.

Erst muß der Völkerbund seine Neutralität beweisen!

Die deutsche Regierung hat über die Aufforderung, die der Generalsekretär des Völkerbunds durch Vermittlung des deutschen Konsuls in Genf nach Berlin gerichtet hat, noch keine Entscheidung getroffen. Es kann wohl als selbstverständlich angenommen werden, daß die Reichsregierung diese Aufforderung ablehnt. Der ganze Verlauf der öffentlichen Verhandlung des Völkerbundsrats in Genf läßt erkennen, daß man in der geheimen Sitzung, die wesentlich längere Zeit in Anspruch nahm, sich nicht nur mit der durchaus berechtigten und angebrachten Sorge um das Saargebiet, sondern auch mit der Frage beschäftigt hat, wie man den Genf üblichen taktischen Schachzug mit der Saargebiet in Verbindung bringen könne. Erklärungen, die der französische Vertreter Massigli in der öffentlichen Sitzung des Völkerbundsrats abgegeben hat, zeigen, daß man sich nicht nur aus Sorge um eine neutrale Entscheidung des Völkerbundsrats in allen benötigten Einzelfragen der Saarabstimmung Deutschland wieder am Ratstisch sehen möchte, sondern auch aus größeren politischen Gesichtspunkten, in denen eine Hebevereinbarung zwischen Deutschland und den Mitgliedern des Völkerbundsrats grundsätzlich nicht besteht. Schon die Bedeutung, daß der Völkerbundsrat für das Fehlen Deutschlands in Genf nicht verantwortlich sei, zeigt, daß man in Genf nicht rein sachlich bei dem nach Berlin gerichteten Aufforderung sich eingestellt hat. Man hätte entweder diese Frage völlig außer acht lassen müssen, oder aber zugeben müssen, daß die Verantwortung für die Abgabe Deutschlands an den Völkerbundsrat und die Abrüstungskonferenz den Völkerbund und den größten Teil der Mitgliedsstaaten des Völkerbunds trifft.

Deutschland würde heute, wenn man in Genf eine neutrale und objektive Politik getroffen hätte, insbesondere in allen Deutschland angehenden Angelegenheiten, noch am Ratstisch sitzen. Ein Einzelfall kann nicht den Anlaß dafür bieten, daß Deutschland eine prinzipielle Entscheidung über den Völkerbund trifft. Der Rat hat jetzt die Möglichkeit, zu zeigen, daß er neutrale Entscheidungen treffen kann. Deutschland hat auch gar keinen Anlaß, dem Völkerbundsrat die Verantwortung für die weiteren Maßnahmen abzunehmen. Auch wenn Deutschland früher im Völkerbundsrat saß, hat man auf die deutschen Wünsche keine besondere Rücksicht genommen. Der Rat muß

Die Herren Bürgermeister, Amts- und Gemeindevorsteher erliche ich ergeben, unter Hinweis auf die ergangenen Befehls-maßnahmen über Beflagung der amtlichen Gebäude am Neujahrs- und am Rathausgründungsstage auf die Wohnungs-unternehmen, deren Wohnungen mit staatlichen Baubehörden oder Schallträgerdarlehen erstellt und überwiegend von Staatsbediensteten oder Lehrpersonen bewohnt sind, sowie auf diejenigen Staatsbediensteten und Lehrpersonen, die staatliche Darlehen zur Errichtung von Eigenheimen erhalten haben, dahin einzuwirken, daß auch sie — bei größeren Wohnbedingungen an hervorragender Stelle, z. B. an geeigneten Gemeinschaftsanlagen, Plätzen, Zugängen und dergl. — flaggen. Berlin, den 16. Januar 1934.

Landrat des Kreises Teltow. Koennede.

Die elektrischen Licht- und Kraftanlagen im Kreise haben im Laufe der Jahre, besonders in der landwirtschaftlichen Wirtschaftskrisen, die einer derber Behandlung und schädigender Witterungseinflüsse stark ausgesetzt sind, sehr gelitten. Teilweise sind die Anlagen noch im Kriege mit schlechtem, leicht verderblichem Material ausgeführt. Häufig ist der Verschleiß und die Abnutzung soweit vorgeschritten, daß in vielen Anlagen eine offensichtliche Feuer- und Unfallgefahr besteht. Soweit festgestellt werden konnte, ist den Besitzern die Bedeutung der Anlagen in den Scheunen und Ställen (Stauben) auch bekannt. Jeder Landwirt muß wissen, daß er bei einem Brande, der gerade durch die bedenklichen Anlagen sehr leicht entstehen kann, auch bei wohlwollender Behandlung durch eine Feuerversicherungs-anstalt oder -gesellschaft immer noch einen Schaden erleidet